



# Entwicklungsmodelle und die Linke im Süden Europas

In den südeuropäischen Ländern Italien, Griechenland, Spanien und Portugal hat die Linke jenseits der Sozialdemokratie eine lange Tradition. Seit der Krise ab 2007 lassen sich indessen sehr divergierende Entwicklungen beobachten. Dem Aufschwung der Linken in Griechenland, Spanien und Portugal steht ein langer Niedergang der Linkskräfte in Italien gegenüber. Diese Differenz entspringt auch den unterschiedlichen Entwicklungsmodellen. Griechenland, Spanien und Portugal zählen zur deindustrialisierten EU-Peripherie, die vor der Krise eine sehr rasante Finanzialisierung aufwies, während Italien, vor allem in seinen nördlichen Regionen, immer noch einen hohen Industrialisierungsgrad aufweist.

Der Beitrag geht der Frage nach, wie die verschiedenen Strömungen der Linken vor und nach der Finanz- und Eurokrise mit den veränderten sozioökonomischen und politischen Konstellationen umgegangen sind und welche Erfolge oder Misserfolge sie dabei hatten. Dargelegt werden die Gründe für den Zugang zur Regierungsmacht der Linken in Griechenland, Portugal, Spanien und für den fortschreitenden Bedeutungsverlust in Italien. Abschliessend erfolgt ein Blick auf die Auswirkungen der Corona-Krise in der Region.

## Die Linke in Südeuropa

Zu unterscheiden sind die Entwicklungen in Portugal, Spanien und Griechenland einerseits und Italien andererseits. Eine Ausdifferenzierung der Linksparteien in der Region begann ab Mitte der 1970er Jahre. Die bewusst in der kommunistischen Tradition stehenden Parteien beziehen sich programmatisch auf die Arbeiterklasse und haben recht enge Verbindungen zu Teilen der Gewerkschaftsbewegung. Eine zweite Strömung ist sozioökonomisch breiter orientiert, hat ihre soziale Basis unter relativ gut ausgebildeten, aber oft prekär beschäftigten Städter\*innen und verfügt über stärkere Bezüge zu sozialen Bewegungen. Drittens geht es um die Positionierung gegenüber einer politischen Union: Einerseits

findet sich eine harte EU-Skepsis, die strukturelle Veränderungen zugunsten der populären Klassen für nicht möglich hält, andererseits das Bestreben, die EU strukturell

---

**Joachim Becker**

ist ausserordentlicher Professor am Institut für Aussenwirtschaft und Entwicklung der Wirtschaftsuniversität Wien.



von innen zugunsten der popularen Klassen zu verändern. In Spanien kommen gesamtstaatliche und regionale Nationalismen hinzu.

Mit dem Ende der Diktaturen erlebten die kommunistischen Parteien in Portugal, Spanien und Griechenland einen relativen Bedeutungsverlust zugunsten der neuformierten sozialdemokratischen Kräfte (vgl. Becker 2016, 70 ff.). Ausser in Griechenland, wo die Panellínio Sosialistikó Kínima (PASOK) dem Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft kritisch gegenüberstand, orientierten sich die sozialdemokratischen Parteien ähnlich wie der bürgerliche Mainstream auf die europäische Integration. Die orthodoxen kommunistischen Parteien – Partido Comunista Português (PCP) und die griechische Kommunistiko Komma Ellas (KKE) – lehnten diesen ab, während der eurokommunistisch orientierte Partido Comunista de España (PCE) den EWG-Beitritt Spaniens befürwortete.

Der mit dem EWG-Beitritt verbundene Verlust von Aussenschutz führte zur relativen Deindustrialisierung, von der vor allem Branchen wie Schiffbau und Stahlindustrie betroffen waren. Daraus resultierte eine zunehmende Orientierung auf Tourismus, Immobilien- und Bauwirtschaft (Hadjimichalis 2020, 52 ff.). Diese Tendenz vertiefte sich durch den Beitritt zur Eurozone. Ohne Währungsabwertung ging das letzte Schutzinstrument für die verarbeitende Industrie verloren. Dafür gewannen Griechenland, Portugal und Spanien Zugang zu billigen Auslandskrediten, welche die innere Verschuldungsdynamik befeuerten. Die Finanzialisierung war der Hauptwachstumsmotor der Jahre vor der grossen Krise. Das Wachstum war mit steigenden Importen und sehr hohen Leistungsbilanzdefiziten verbunden (vgl. Álvarez et al. 2013, 120). Zwar kam es einerseits nach dem EU-Beitritt zu einem partiellen Ausbau der Sozialstaatlichkeit, andererseits aber auch zu einer verstärkten Flexibilisierung und Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse.

Der Partito Italiano Comunista (PCI) etablierte sich im Nachkriegsitalien als hegemoniale Kraft auf der linken Seite (Magri 2011). Mitte der 1970er Jahre hoffte der PCI aus der Oppositionsrolle herauszukommen und mit der Christdemokratie einen ›historischen Kompromiss‹ zu finden, der ein Mitregieren und strukturelle sozioökonomische Veränderungen ermöglichen würde. Dies liess sich jedoch nicht realisieren. Stattdessen führten die veränderten weltwirtschaftlichen Bedingungen und die Wirtschaftspolitik zu einem Bedeutungsverlust der Grossbetriebe und einer zunehmend untergeordneten Stellung italienischer Exportbetriebe. Mit der Ausrichtung auf einen Eurozonen-Beitritt kam es zu einer permanenten Austeritätsorientierung, welche die Binnennachfrage schwächte. Der Euro-Wechselkurs war für Italiens Exportwirtschaft we-



nig passend. Eine substanzielle Finanzialisierung über die Verschuldung der Privathaushalte ereignete sich jedoch nicht. Das Resultat war eine seit den 1990er Jahren anhaltende Stagnation, die von schwachen Leistungsbilanzdefiziten begleitet war. Das Schrumpfen der industriellen Kernbelegschaften und die Prekarisierung schwächten den PCI. Reagiert wurde nach dem Ende der UdSSR mit einer Umgründung zum Partito Democratico della Sinistra (PDS). Wirtschaftspolitisch verfolgte die Partei nun eine zunehmend neoliberale Linie und ging auch auf Distanz zu den Gewerkschaften. 2007 fusionierte der PDS mit progressiveren Nachfolgegruppen der Christdemokratie zum Partito Democratico (PD). Das S für Sinistra war damit nicht nur aus der Programmatik, sondern auch aus dem Namen gelöscht.

Eine Minderheit des PCI hielt an der kommunistischen Identität fest. Zur wichtigsten Partei dieser Strömung wurde zunächst der Partito della rifondazione comunista (PRC). Er hatte eine starke programmatische Orientierung auf die Arbeiterklasse, die Öffnung zu anderen sozialen Protestbewegungen war jedoch zögerlich. Mit der neoliberalen, Pro-Euro-Politik kehrten PDS/PD der Linken faktisch den Rücken. Die weiter links stehenden Kräfte fanden in der Polarisierung zwischen dem PD(S)-Block und Berlusconi's Forza Italia keine dauerhaft Rolle. Die frühen 1990er Jahre stellen einen Bruchpunkt für die italienische Linke dar. Danach setzten ein Abschwung und eine zunehmende Fragmentierung ein.

## **Die ökonomisch-soziale Krise und der Aufschwung südeuropäischer Linksparteien**

Griechenland, Portugal und Spanien wurden von der internationalen Krise seit 2007 vor allem über den Finanzkanal getroffen, denn das jeweilige Wachstum hing vornehmlich von den Finanzzuflüssen ab. Als entscheidender als die Schuldenhöhe erwies sich die Höhe des Leistungsbilanzdefizites. Dieses lag in Griechenland bei weitem am höchsten. In der ersten Phase 2008/2009 stellte die Eurozonen-Mitgliedschaft einen relativen Schutz dar. Als jedoch deutlich wurde, dass die Europäische Zentralbank nur selektiv als Lender of Last Resort fungierte und die Kernländer bei der Stützung der Peripherie zögerten, gerieten die südeuropäischen Staaten – mit Griechenland an der Spitze – unter massiven Druck. Kreditprogramme wurden nur unter scharfen Auflagen bewilligt. Die Programme zielten ausnahmelos auf eine sogenannte ›innere Abwertung‹ ab, das heisst auf eine Absenkung des Preisniveaus über Lohn-, Pensions- und Sozialkürzungen. Unter dem Siegel der Wettbewerbsfähigkeit wurde auch in das Tarifrecht und in die Arbeitsplatzsicherheit eingegriffen (Lehndorff 2013, 185 ff.). Damit verschwanden



zwar allmählich die Leistungsbilanzdefizite und der damit verbundene unmittelbare externe Finanzierungsbedarf, doch die Schuldensituation verschärfte sich vor allem bei der Staatsschuld (vgl. Lapavistas 2019, 54 f.). Die produktiven Strukturen wurden durch die Austeritätspolitik weiter geschwächt, gerade auch im industriellen Bereich (Sablowski et al. 2018, 367 ff.). Die wirtschaftliche Erholung basierte vor allem auf Dienstleistungssektoren, insbesondere dem Tourismus. Die Arbeitslosigkeit, speziell bei Jugendlichen, stieg stark an, und damit verschärfte sich die soziale Situation dramatisch (vgl. Hadjimichalis 2020, 122 ff.).

Die Strukturanpassungs- und Austeritätspolitik löste starke soziale Proteste aus, vor allem in Griechenland und Spanien, etwas schwächer in Portugal. Einerseits kam es zu Strassenprotesten und Platzbesetzungen, vor allem durch jüngere Aktivist\*innen, andererseits wurden Initiativen zum Schutz gegen Delogierungen getroffen und alternative soziale Selbsthilfeeinrichtungen geschaffen (vgl. ebd., 138 ff.). Zudem mobilisierten die Gewerkschaften mit Formen des politischen Generalstreiks.

Die orthodoxen kommunistischen Parteien mit einem traditionellen Sozialismusverständnis in Portugal und Griechenland – PCP und KKE – bewahrten sich Einfluss in den Gewerkschaften, hatten aber kaum Verbindungen mit anderen sozialen Bewegungen (Delwit 2016, 579). In beiden Ländern bildeten sich neue Linksbündnisse: Syriza mit Wurzeln in der sogenannten inneren kommunistischen Partei in Griechenland und der Bloco de Esquerda (BE) in Portugal. Sie hatten eine jüngere und stärker akademisch geprägte Wähler\*innenschaft und stellten bessere Kontakte zu sozialen Bewegungen her (Delwit 2016, 54 f., 558 f.). Sie waren auf eine strukturelle Transformation und eine Demokratisierung der Gesellschaft orientiert und setzten auf eine Veränderung der EU von innen (vgl. Freire/Lisi 2016, 255; Eleftheriou 2016, 292 ff.). Zwischen diesen beiden Polen bewegte sich die Organisationskultur und politische Orientierung des PCE in Spanien, der mit anderen kleinen Linkskräften das Bündnis Izquierda Unida (IU) schmiedete (vgl. Zelik 2018). Daneben entstanden verschiedene regionale Linksparteien in Spanien (vgl. Zelik 2019, 34 f.). Den neuen Linksparteien gelang es besser, auf die sozialen Dynamiken von Prekarisierung, Veränderungen der Geschlechterverhältnisse sowie auf partielle soziale Mobilisierungen einzugehen als den orthodoxen Kommunistischen Parteien. Ihre Wahlergebnisse waren jedoch noch relativ instabil.

Die bewegungsorientierten Linksparteien griffen die sozialen Proteste auf. Syriza erlebte in Griechenland einen raschen Aufstieg in der Wähler\*innengunst, während die orthodoxe KKE leicht verlor und sich bei einem Stimmanteil von gut fünf Prozent stabilisierte (vgl. Eleftheriou



2016). Im Januar 2015 wurde Syriza mit 36.2 Prozent stärkste Partei und vermochte aufgrund des Gewinnerbonus des griechischen Wahlsystems, mit der kleinen rechtsnationalen ANEL eine Koalition zu bilden. Deren Klammer war die Zurückweisung der Austeritätspolitik der Troika. Syriza hoffte, in Verhandlungen mit den Eurozonen-Staaten (und dem IWF) eine Änderung der Sparpolitik aushandeln zu können, denn die Parteimehrheit war nicht bereit, eine Austrittsoption aus der Eurozone vorzubereiten. Damit war die Verhandlungsposition der griechischen Regierung, die sich über ein Referendum eine zusätzliche Legitimation holte, schwach. Speziell die Kernstaaten der Eurozone um Deutschland waren zu keinem Kompromiss bereit. Sie stellten die griechische Regierung vor die Alternative, ein hartes neoliberales Strukturanpassungsprogramm zu akzeptieren oder aus der Eurozone auszutreten. Unter diesem starken Druck unterschrieb die von Syriza geführte Regierung ein Abkommen. Damit erlitt sie jedoch eine strategische Niederlage. Bei rasch anberaumten Neuwahlen vermochte Syriza zwar, mit Anel noch einmal die Regierung zu bilden, es verblieben ihr aber kaum Handlungsspielräume. Trotzdem konnte sich die Partei bei den Wahlen konsolidieren, wurde 2019 die zweistärkste Kraft im Parlament und löste PASOK dauerhaft als zweiten Pol im griechischen Parteiensystem ab.

In Portugal legte vor allem der BE wegen der sozialen Unzufriedenheit bei den Wahlen 2015 zu. Er kam auf 10.2 Prozent, der PCP auf 8.3 Prozent (Freire/Lisi 2016, 265). Der Partido Socialista (PS), der sich in der Wahlkampagne gegen die Sparpolitik gewandt hatte, erreichte 32.4 Prozent, sodass rechnerisch eine Mehrheit links der Rechtsparteien möglich war. Trotz ihrer tiefen historischen Konflikte fanden die drei Parteien eine Kompromisslösung. Der PS bildete eine von BE und PCP gestützte Regierung und schloss mit den beiden Parteien getrennte Abkommen. Die gemeinsame Basis bildeten die Abschwächung der Austeritätspolitik, die Erhöhung der Mindestlöhne, Gehälter im öffentlichen Dienst und Pensionen sowie verbesserte Sozialleistungen (Lopes/Antunes 2018). Für den PS war der Verbleib in der Eurozone eine Bedingung zur Kooperation, was der bezüglich der Eurozone zunehmend kritische BE und der für den Bruch mit der Eurozone plädierende PCP akzeptierten. Die EU legte gegenüber Portugal mehr Flexibilität an den Tag, weil sie aus Gründen der Legitimitätsschaffung zeigen wollte, dass sozialliberale Lösungen im bestehenden institutionellen Rahmen möglich wären (Príncipe 2017, 18). Eine Regierungspartei aus den Reihen der Sozialistischen Internationalen war akzeptabler, die Infragestellung der Troika-Politik etwas weniger scharf als in Griechenland. Die vereinbarte Politik wurde umgesetzt, die Binnennachfrage stützte den Auf-



schwung, der auch vom Tourismus getragen wurde, neue Investitionen fehlten jedoch (Lopes/Antunes 2018). Obwohl die strukturellen Defizite unter den bestehenden institutionellen Beschränkungen der Eurozone nicht angegangen werden konnten, wurde die Regierungskonstellation bei den Wahlen von 2019 bestätigt.

In Spanien standen viele, die auf den Plätzen der grossen Städte protestierten, den Linksparteien, aber auch den Gewerkschaften distanziert, teils auch feindselig gegenüber (Calle 2015). Die rein sozialen Proteste fanden jedoch bald ihre Grenzen. Es fehlten politische Kräfte, welche die Proteste aufgriffen. An diesem Defizit setzten die Gründer\*innen von Podemos, junge Linksintellektuelle, an. Sie positionierten die 2014 gegründete Partei im diskursiven Feld gegenüber der politischen ›Kaste‹ der beiden traditionellen Parteien Partido Socialista Obrero Español (PSOE) und Partido Popular (PP) als eigenständige Kraft (vgl. Rivero 2015; Zelik 2018, 87 ff.). Die neue Partei betrieb eine intensive Medienarbeit und versuchte, Internetabstimmungen und traditionelle Formen der Partearbeit zu verbinden. Über die umkämpften Statuten gewann allerdings die Mehrheitsfraktion um Iglesias einen institutionell dominanten Einfluss auf die Ausrichtung der Partei, was sich als sehr problematisch im Umgang mit unterschiedlichen internen Positionen erweisen sollte (vgl. Zelik 2018, 102 ff.; Nez 2018, 83 ff.). Bei den Wahlen von 2015 bestand das Ziel von Podemos darin, aus eigener Kraft stärker als der PSOE zu werden. Mit einem Stimmergebnis von 20.7 Prozent gegenüber 22.0 Prozent für PSOE misslang dies knapp; die IU kam nur auf 3.7 Prozent der Stimmen. Im Gefolge der Wahlen brüskierte Podemos den PSOE und dieser wiederum liess Sympathien für die nationalistischen Neoliberalen von Ciudadanos erkennen. Doch eine Regierungsbildung scheiterte. Es gab Neuwahlen, bei denen Podemos mit der IU antrat und die gemeinsame Liste 21.1 Prozent der Stimmen holte. Der rechte Partido Popular konnte zunächst weiter regieren, bis 2018 der PSOE-Vorsitzende Pedro Sánchez mit den Stimmen von Unidas Podemos und Parteien der regionalen Nationalisten zum neuen Premier gewählt wurde. Diese konjunkturelle Allianz blieb allerdings brüchig. Im November 2019 kam es erneut zu Wahlen. Dabei gingen die Wahlergebnisse von Unidas Podemos – im Gegensatz zum PSOE-Stimmenanteil – deutlich zurück. Die beiden Parteien bildeten eine Koalition, waren aber zusätzlich auf Unterstützung seitens von Parteien der Minderheitsnationalitäten angewiesen. Podemos war dabei in seiner Verhandlungsposition deutlich geschwächt. Der PSOE demonstrierte mit der Nominierung neoliberaler Exponent\*innen für Schlüsselpositionen seine Vorbehalte gegenüber dem Koalitionspartner und einer linken Politik.



Unidas Podemos hat Probleme, in der Regierung ein eigenes Profil zu gewinnen, konnte allerdings im Juni 2020 ein bedingtes Minimaleinkommen (*renta minima vital*) erreichen. Die Partei scheint infolge ihrer Beteiligung an der Regierung unter den Wähler\*innen eher weiter an Rückhalt verloren zu haben. Die Regionalwahlen in Galicien und im Baskenland brachten im Juli 2020 für Unidas Podemos ziemlich katastrophale Resultate.

Im Gefolge der Krise hat eine zu sozialen Bewegungen hin offene Linke bei Wahlen deutlich zugelegt und auch Regierungsfähigkeit gewonnen. Dies ist jedoch angesichts der inneren Kräfteverhältnisse, aber auch wegen des starken Drucks und der institutionellen Zwänge der EU speziell im Rahmen der Eurozone, engen transformatorischen Grenzen ausgesetzt. Eine Abmilderung der Austerität gelang, die tiefer liegenden Ursachen der sozialen Misere im produktiven System bleiben bestehen.

### Italien – ein Land (fast) ohne Linke

Anders als die anderen südeuropäischen Länder ist Italien gleich zu Beginn der Krise stark vom Rückgang der Industrieproduktion, die in den europäischen Güterketten überwiegend eine Zulieferposition hat, getroffen worden (Weissenbacher 2019, 64 f.). Von 2008 bis 2014 ging diese um 17.2 Prozent zurück, im ohnehin schwach industrialisierten Mezzogiorno sogar um 31.8 Prozent (SVIMEZ 2015, 38). Eine anhaltende Stagnation und eine scharfe Krise brachten auch dem italienischen Bankensystem grössere Probleme. Die soziale Situation hat sich weiter verschlechtert, vor allem im Süden des Landes. Als die Regierung Berlusconi IV bei der Sparpolitik nicht willfährig genug war, gab es Druck aus Brüssel, der 2011 in die Installierung einer Technokratenregierung unter Mario Monti mündete (Weissenbacher 2019, 65). An deren Politik schlossen ab 2013 PD-geführte Regierungen nahtlos an. Premier Matteo Renzi lancierte eine radikale Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, was zu permanenten Konflikten mit den Gewerkschaften führte (Ignazi 2018, 248). Die linken Gewerkschaften sind konfliktfähig geblieben, andere Formen des sozialen Protestes fielen in der Krise allerdings schwächer aus als in Griechenland oder Spanien (Hadjimichalis 2020, 156). Hingegen gibt es auf verschiedenen Feldern – Flüchtlinge, Ökologie, Proteste gegen die nationalistische Rechte – eine anhaltende Protestdynamik (vgl. Renner 2020).

Die Linksparteien vermochten das Terrain, das der scharf rechts gewendete PD aufgab, nicht zu besetzen. Während die Euro-Skepsis zunahm, äusserten sich beispielsweise politische Aktivisten von *Sinistra ecologia libertà* (SEL), zeitweilig eine der stärkeren Formationen, ex-



trem positiv gegenüber Italiens Mitgliedschaft in der Eurozone (Ignazi 2018, 287 ff.). Darin zeigt sich eine Distanz zu den popularen Klassen, aber auch ein Defizit in der Krisendiagnose. Die Formationen links des PD sind derzeit von marginaler Bedeutung.

In das Vakuum auf der Linken stiess das 2009 gegründete Movimento 5 Stelle (M5S). Sein politischer Motor war der bekannte Komiker Pepe Grillo. Die Formation verband eine sehr hierarchische, lange auf Grillo zugeschnittene Organisationsstruktur mit lokalen Initiativen und Internetabstimmungen (Borcio/Natale 2018, 12 ff.; Ignazi 2018, 304 f.; Dousson 2018, 75 ff.). Im politischen Diskurs weist das M5S bestimmte Parallelen mit neuen Linksparteien wie Podemos auf. Die Programmatik ist freilich heterogen: Forderungen nach direkter Demokratie, Kritik von Grossprojekten aus ökologischer Sicht, Verteidigung öffentlicher Dienste, Zurückweisung der Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse, Kritik am technokratischen Charakter der EU und der Eurozone, eine zunehmende anti-migrantische Positionierung.

In den Anfängen waren die Wähler\*innen des M5S deutlich linksorientiert, auch ein Teil der frühen Aktivist\*innen kam aus linken Zusammenhängen (Dousson 2018, 40 ff.; Borcio/Natale 2018, 59). Mit ökologischen und globalisierungskritischen Positionen hatte M5S Bezugspunkte zu sozialen Bewegungen. Die frühen Wähler\*innen waren jung und eher gut gebildet (Borcio/Natale 2018, 28). Mit der Zeit verschob sich das Profil der Formation, die sich als weder links noch rechts stehend ausgab, indessen nach rechts. Bei den Wahlen von 2018 punktete sie mit sozialpolitischen Forderungen vor allem im Süden (Borcio/Natale 2018, 58 ff., 71 ff.). Mit einem Stimmenzugewinn von 7.2 Prozentpunkten wurde die Formation mit 32.7 Prozent die stärkste Kraft in der Abgeordnetenversammlung.

Bei den folgenden Koalitionssondierungen gab es aufseiten der PD starken Widerstand gegen eine Koalition mit dem M5S. Die Partei hatte zuvor gemeinsam mit Berlusconi versucht, mittels einer Veränderung der Wahlgesetzgebung das M5S von der Regierung fernzuhalten. Auf einer EU-kritischen Basis bildete das M5S dann mit der weit rechts stehenden Lega eine Koalition, in der die kleinere, aber wesentlich erfahrenere Lega den Ton angab. Als Lega-Chef Matteo Salvini Neuwahlen provozieren wollte, einigten sich das geschwächte M5S und der PD auf eine Koalition. Eine solide programmatische Grundlage hat diese nicht. Nicht nur die Programmatik, sondern auch die Koalitionspolitik des M5S zeigen den extrem heterogenen und labilen Charakter der Partei.

Dass eine Formation wie das M5S einen solchen Aufschwung nehmen konnte, ist auch eine Folge der fehlenden Fähigkeit der Linken Italiens,





Antworten auf die tiefe Entwicklungskrise des Landes zu finden und sich mit den Problemen auseinanderzusetzen, die durch die Mitgliedschaft in der Eurozone aufgeworfen worden sind. Aus den diversen Protestdynamiken heraus ist keine relevante parteipolitische Linke entstanden.

## Die Corona-Krise

Italien war das erste europäische Land, das von der Corona-Krise getroffen wurde. Besonders viele Opfer forderte der Virus auch in Spanien, während Portugal und Griechenland dank früher Massnahmen in der ersten Phase die Ausbreitung der Epidemie wirkungsvoll eindämmen konnten. Das Gesundheitswesen in Südeuropa war schlecht auf die Epidemie vorbereitet, weil die Sparpolitik nach Brüsseler Vorgaben zur Schliessung zahlreicher Gesundheitseinrichtungen und zu Personalabbau geführt hatte. Durch die Epidemie bedingte Ausgangsbeschränkungen und Betriebsschliessungen führten zu einer starken Rezession, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Einer der Hauptsektoren der Ökonomien in der Region, der Tourismus, wird absehbar auf längere Zeit stark von der Krise betroffen sein. In Italien macht dieser Wirtschaftszweig 13.1 Prozent des BIP, in Spanien 14.9 Prozent, in Portugal 17.8 Prozent und in Griechenland 20.2 Prozent aus – im Vergleich zu einem EU-Durchschnitt von 9 Prozent (Charrel et al. 2020, 14). Die finanziellen Möglichkeiten der südeuropäischen Länder sind im Umgang mit der Krise beschränkter als im Zentrum. Zwar hat die Europäische Zentralbank diesmal prompt reagiert und den Zinsanstieg in dieser Region Europas abgedämpft, aber bei weitergehenden EU-Finanzierungsmassnahmen lebte der alte Konflikt zwischen den Kernländern um Deutschland sowie einer Gruppe aus Frankreich und vor allem südeuropäischen Ländern um gemeinsame Schuldaufnahmen und Finanzierungsmechanismen wieder auf. Ende Mai schlug die Europäische Kommission einen Wiederaufbaufonds von 750 Milliarden Euro vor. Dieser soll rund 390 Milliarden Euro nicht-rückzahlbare Zuschüsse gewähren und massgeblich durch eine gemeinsame Kreditaufnahme finanziert werden. Die gemeinsame Schuldaufnahme kommt den südeuropäischen Ländern einen halben Schritt entgegen, trifft allerdings auf den Widerstand der Regierungen der Niederlande, Österreichs, Dänemarks und Schwedens, die hier wohlstandschauvinistische Positionen einnehmen und Konditionalität verlangen. Da sich die Transferprogramme »an den Empfehlungen des Europäischen Semesters orientieren – also der Wunschliste Brüssels« (Stierle 2020, 8), bleibt der neoliberale Rahmen bestehen, der für die produktive Entwicklung und eine ernsthafte ökologische Reorientierung kontraproduktiv ist.



Die Corona-Krise wird die regionalen Ungleichheiten in der EU weiter vertiefen. Ähnlich wie in der Vergangenheit, dürfte dies auch jetzt wieder zu sehr ungleichen sozialen Mobilisierungen führen (vgl. Becker 2019). Weil eine breite EU-weite Mobilisierung gegen das neoliberale EU-Vertragswerk nicht zu erwarten ist, wird die Linke im Süden der EU eigene Wege und gleichzeitig Allianzbildungen über die Region hinaus suchen müssen.

## Literatur

- Álvarez Peralta, Ignacio; Luengo Escanilla, Fernando; Uxó González, Jorge (2013): *Fracturas y crisis en Europa*. Buenos Aires, Madrid.
- Becker, Joachim (2016): Editorial. In: *Kurswechsel*, Nr. 2, S. 70–81.
- Becker, Joachim (2019): *Développement inégal et mobilisation inégale au sein de l'Union européenne*. In: Bürbauer, Benjamin; Cukier, Alexis; Rosato, Marlène (Hg.): *Europe, alternatives démocratiques. Analyses et propositions de gauche*. Paris, S. 93–116
- Borcio, Roberto; Natale, Paolo (2018): *Il Movimento 5 Stelle: dalla protesta al governo*. Milano, Udine.
- Calle Collado, Ángel (2015): *La transición implazable. Salir de la crisis desde los nuevos sujetos políticos*. Barcelona.
- Charrel, Marie et al. (2020): *Le douloureux effondrement du tourisme en Europe de Sud*. In: *Le Monde*, 2. Mai, 14–15.
- Delwit, Pascal (2016): *Les gauches radicales en Europe. XIXe-XXIe siècles*. Bruxelles.
- Eleferiou, Costas (2016): *Greek Radical Left Responses to the Crisis: Three Types of Political Mobilisation, One Winner*. In: March, Luke; Keith, Daniel (Hg.): *Europe's Radical Left. From Marginality to the Mainstream*. London, S. 289–309.
- Freire, André; Lisi, Marco (2016): *The Portuguese Radical Left and the Great Recession. Old Challenges and New Responses*. In: March, Luke; Keith, Daniel (Hg.): *Europe's Radical Left. From Marginality to the Mainstream*. London, S. 253–271.
- Hadjimichalis, Costis (2020): *Crisis Spaces. Structures, Struggles and Solidarity in Southern Europe*. London, New York.
- Ignazi, Piero (2018): *I partiti in Italia dal 1945 al 2018*. Bologna.
- Lapavistas, Costas (2019): *The Left Case Against the EU*. Cambridge.
- Lehndorff, Steffen (2013): *Verschiedene Welten. Gewerkschaften in der europäischen Krise*. In: *Das Argument* 301, 53(1–2), S. 181–199.
- Lopes, Luis; Antunes, Margarida (2018): *The Alternative Nature of the Portuguese Economic Policy since 2016*. EuroMemo Group Discussion Paper 02/2018.
- Magri, Lucio (2011): *The Tailor of Ulm. Communism in Twentieth Century*. London, New York.
- Nez, Héloïse (2018): *Des indignés à Podemos: continuités et ruptures*. In: *Mouvements*, Nr. 94, S. 76–86.
- Príncipe, Catarina (2017): *Anti-Austerity and the Politics of Toleration in Portugal. A Way for the Radical Left to Develop a Transformation Project*. Rosa Luxemburg Foundation.
- Renner, Jens (2020): *Neuer Faschismus? Der Aufstieg der Rechten in Italien*. Berlin (i.E.).
- Rivero, Jacobo (2015): *Podemos. Objetivo: Asaltar los cielos*. Barcelona.
- Sablowski, Thomas; Schneider, Etienne; Syrovatka, Felix (2018): *Zehn Jahre Krise. Regulation des Lohnverhältnisses und ungleiche Entwicklung in der Europäischen Union*. In: *Prokla* 192, 48(3), S. 357–379.
- Stierle, Steffen (2020): *Endlich Zugriff*. In: *Junge Welt*, 29. Mai, S. 8.
- SVIMEZ (2015): *Rapporto SVIMEZ 2015 sull'economia del Mezzogiorno*. Bologna.
- Weissenbacher, Rudy (2019): *›In wenigen Monaten wird nichts mehr wie früher sein‹: Die gelb-grüne Regierung und der Abstieg Italiens im europäischen Kapitalismus*. In: *Kurswechsel*, Nr. 1, S. 62–71.
- Zelik, Raul (2018): *Spanien. Eine politische Geschichte der Gegenwart*. Berlin.
- Zelik, Raul (2019): *Die Linke im Baskenland*. Wien, Berlin.